

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

18. November 2008

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Angela **Bloss**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Dr. Rainer **Köthe**, Engelbert **Lorenz**, Thomas **Mayer**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Roland **Schnell**

Verwaltung: Böhm, Hack

Es fehlten als entschuldigt: Norbert **Benz**, Gerold **Rossel**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 10. November 2008 ordnungsgemäß eingeladen worden ist.

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 14. November 2008 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

Bürgermeister Vogt begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats und bringt zum Ausdruck, dass diese auf der neuen Bestuhlung im Feuerwehrhaus bequem sitzen. Die Neuanschaffung wurde durch die Feuerwehr und die Stadtverwaltung getätigt und hat rund 7.000 Euro gekostet. 2.500 Euro wurden über Spenden finanziert. Die bisherige Bestuhlung wird auf andere städtische Räumlichkeiten verteilt, in denen sie benötigt werden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 04. November 2008

Beschluss:

Der Sitzungsniederschrift vom 04. November 2008 wird zugestimmt.

Abstimmung: 13 Ja

02. Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“

- a) Würdigung der eingegangenen Anregungen während der Trägeranhörung und Offenlage**
- b) Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes „Sondergebiet Einzelhandel“**
- c) Satzungsbeschluss der örtlichen Bauvorschriften für den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Sondergebiet Einzelhandel“**

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Herrn Hagen Hartmann vom Büro GkBmbh recht herzlich, der bereits die Planung für das Neubaugebiet „Eichertstal“ innehatte.

Sollte in der heutigen Sitzung alles gut verlaufen, dann kann die Satzung beschlossen werden. Zuvor müssen noch die Anregungen aus der Trägeranhörung behandelt werden.

Herr Hartmann erläutert die eingegangenen Anregungen, die dem Gemeinderat in der Vorlage zu diesem TOP ausgehändigt wurden. Er führt aus, dass bereits im Sommer letzten Jahres der Aufstellungsbeschluss für die Satzung des Bebauungsplans „Sondergebiet Einzelhandel“ gefasst wurde. Im September 2008 erfolgte dann die erste Beteiligung der Öffentlichkeit, deren Anregungen auch beraten wurden.

22 Träger wurden bei der Anhörung beteiligt, von 13 Trägern gingen Stellungnahmen ein. Außerdem erfolgten während der Offenlage zwei Anregungen von Bürgern. Die Stellungnahmen geht Herr Hartmann danach einzeln durch, wobei er die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorgängen 3a/b (Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis – Wasserrechtsamt/Bodenschutz), 14 (Industrie- und Handelskammer IHK), 17 (Regierungspräsidium Karlsruhe – Raumordnung), 21 (Geltungsbereich Bebauungsplan) und 22 (Lärmbelästigungen durch Laderampe) ausführlich behandelt.

Stadtrat Walter Freudenberger führt aus, dass die Stellungnahme zur Altlastenbehandlung nicht unproblematisch ist und bittet um ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Hartmann stellt fest, dass die Angelegenheit im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens behandelt und entsprechend berücksichtigt wurde.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, ob die Verwaltung zur Entsorgung der Kosten Stellung nehmen kann.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass bei einem Gespräch mit dem Landratsamt verhandelt wurde, dass vom Bodengutachter ein Sanierungsvorschlag erfolgen wird. Fakt ist, dass die Tanks ausgebaut werden müssen und das Erdaushubmaterial entsorgt (verbrannt) wird. Diese Kosten sind aber nicht exorbitant und können über das Landessanierungsprogramm „von-Hindenburg-Straße“ abgerechnet werden. Genaue Kosten sind der Verwaltung allerdings derzeit nicht bekannt. Erst wenn der Entsorgungsvorschlag des Büros Tönniges, Sinsheim, vorliegt, kann hierzu mehr Stellung bezogen werden, wobei der Punkt dann im Gemeinderat noch behandelt wird. Der Bereich der Altlasten (Tanks) konnte bereits lokal eingegrenzt werden. Die Untersuchung hat dabei gezeigt, dass hinter dem Gebäude und in Richtung Stadthalle keine Probleme bestehen. Lediglich im Eingangsbereich zur Zahnarztpraxis ist ein stärkerer Bereich betroffen. Mit der vorgestellten Verfahrensweise dürfte dann das Altlastenproblem gelöst sein.

Zur Anregung der Änderung des Geltungsbereiches (Vorgang 21) führt Herr Hartmann aus, dass diese vom Flächennutzungsplan abgeleitet wurde. Ob eine Änderung sinnvoll ist oder nicht bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall wäre eine Änderung ein massiver Eingriff in das Bebauungsplanverfahren, das eine erneute Trägeranhörung mit sich ziehen würde.

Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass der betroffene Angrenzer in seiner bisherigen Nutzung nicht bevor- und nicht benachteiligt ist.

Zu den eventuellen Lärmbelästigungen durch die Laderampe teilt Herr Hartmann mit, dass die Anregung noch im Bauverfahren berücksichtigt wird. Die immissionsschutzrechtlichen Belange werden ohnehin im Bauverfahren durch das Baurechtsamt beim Landratsamt geprüft.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, ob die Bauherren mit der Verlegung der Laderampe auf die gegenüberliegende Seite einverstanden wären. Dies wird von Herrn Hartmann bejaht. Er verweist hierzu auf ein Gespräch von Bauamtsleiter Jürgen Böhm mit dem Bauträger am heutigen Tag.

Beschluss zu a:

Der Gemeinderat würdigt die eingegangenen Anregungen die aus der Trägeranhörung und der Offenlage zum Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“ vorliegen und stimmt den Stellungnahmen zu den vorgestellten Punkten zu.

Abstimmung: 13 Ja

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Satzung für den Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“ dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorliegt, wobei sich diese auf eine halbe Seite beschränkt. Im Prinzip geht es hier nur um den räumlichen Geltungsbereich, der Grundlage für den Bebauungsplan ist.

Er bittet den Gemeinderat, der Satzung zuzustimmen.

Beschluss zu b:

Der Gemeinderat stimmt der Satzung zum Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“ zu.

Abstimmung: 13 Ja

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die örtlichen Bauvorschriften umfangreicher sind, die vor allem die Festsetzungen, wie in diesem Baugebiet die Nutzung und Gestaltungen vorgenommen werden können, beinhalten.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, weshalb in den Vorschriften lediglich „unauffällige Farben“ aufgeführt sind, und ist gleichzeitig der Meinung, dass das Gebiet mit Farben freundlicher gestaltet werden könnte.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass sich die Gebäude in das Gebiet einfügen sollen, wobei man wegen der Farbgestaltung unterschiedlicher Meinung sein kann.

Beschluss zu c:

Der Gemeinderat stimmt den örtlichen Bauvorschriften für den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Sondergebiet Einzelhandel“ zu.

Abstimmung: 13 Ja

03. Abschluss eines neuen Strom-Konzessionsvertrages mit der Energieversorgung Baden-Württemberg (EnBW)

Stadtrat Engelbert Lorenz erklärt sich bei diesem TOP befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Herrn Jürgen Landenberger von der EnBW recht herzlich. Herr Landenberger war bereits im Frühjahr diesen Jahres in einer Gemeinderatssitzung und damals das Gremium über den neuen Konzessionsvertrag ausführlich informiert. Wie im Gesetz vorgeschrieben wurde der Konzessionsvertrag öffentlich ausgeschrieben, wobei auf die Ausschreibung nur eine Bewerbung der EnBW eingegangen ist. Somit ist die Stadt Neckarbischofsheim heute in der Lage, den neuen Vertrag mit der EnBW abzuschließen. Dieser Mustervertrag, der dem Gemeinderat vorliegt, wurde von den Kommunalvertretungen mit den Energieversorgern ausgehandelt. Auch die WIBERA hat das Vertragswerk geprüft. Die Kommunalverbände haben den Gemeinden vorgeschlagen, diesen Vertrag so mit dem Energielieferanten abzuschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des neuen Strom-Konzessionsvertrages mit der Energieversorgung Baden-Württemberg (EnBW) ab dem im Anschluss an den bisherigen 2010 auf die Dauer von 20 Jahren zu.

Abstimmung: 12 Ja

Herr Landenberger bedankt sich nach der Abstimmung im Namen der EnBW für das Vertrauen und stellt fest, dass die EnBW mit dem neuen Vertrag nun wieder in Neckarbischofsheim „durchstarten“ kann, wobei bereits einige Baumaßnahmen in Planung sind.

04. Beratung über den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2009

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Gemeinderat in der letzten Sitzung den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2009 erhalten hat. Der Haushaltsplan wurde zu einem Zeitpunkt bearbeitet, als die Finanzwelt noch einigermaßen in Ordnung war. Zwischenzeitlich liest man aber täglich in der Zeitung über die Finanzkrise und Rezession, in der wir uns zurzeit befinden. Der vorliegende Haushalt 2009 beinhaltet den derzeitigen Informationsstand, was die Steuereinnahmen anbelangt. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan hängen noch zwei Dinge zusammen: Die Stadt Neckarbischofsheim bringt hier zum Ausdruck, für was die Stadt die Haushaltsmittel einsetzen wird. Und es ist ein Plan der darstellen soll, wofür das Geld ausgegeben wird, aber nicht unbedingt ausgegeben werden muss. Bürgermeister Vogt hofft, dass die Entwicklung 2009 nicht gravierend über die städtischen Finanzen „herfällt“ und der vorliegende Plan nicht zur Makulatur wird.

Zur heutigen Sitzung musste kurzfristig der Vermögenshaushalt geändert werden, da der Verwaltung bei der Planung ein Lapsus passiert ist. In der Position 2.6150. – Stadtsanierung waren 450.000 Euro vorgesehen. Diese Maßnahmen sind im Landessanierungsprogramm bereits angemeldet, aber doppelt beinhaltet (bereits 2008 veranschlagt – städtischer Bauhof und Schlosspark). Bürgermeister Vogt bittet die kurzfristige Änderung zu entschuldigen.

Zur Haushaltsberatung schlägt er vor, der Reihe nach zuerst den Verwaltungshaushalt (VwHH) und dann den Vermögenshaushalt (VmHH) zu diskutieren, bzw. Ausführungen zu den Positionen zu machen, zu denen vom Gemeinderat weiterer Informationsbedarf gewünscht wird. Im VwHH muss auf alle Fälle über den Antrag des Adolf-Schmittthener-Gymnasiums bezüglich der CAS-Rechner und über den Kulturbereich (Altstadtfest, Kultursommer, Kerwe) geredet werden.

Stadtrat Peter Haffelder führt aus, dass im Rechnungsergebnis 2006 für die Heizung am ASG 38.000 Euro ausgewiesen wurden, für das Haushaltsjahr 2009 nun 52.800 Euro eingeplant sind. Nachdem am Schulzentrum eine neue, moderne Heizzentrale errichtet wurde, die es der Stadt Neckarbischofsheim ermöglicht, durch den Einsatz von Holzhackschnitzel Energie zu sparen, hätte er erwartet, dass der Ansatz geringer ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass für den Haushaltsansatz der Heizung am ASG drei Positionen zusammengefasst sind (ASG, GHWRS, Hallenbad). Hier ist auch der „Kalorienzähler“ anhängig, der später eine Verteilung der Kosten auf die drei Positionen ermöglicht. Im Haushaltsjahr 2008 wurden 86.000 Euro an Heizkosten eingeplant. Tatsächlich werden bis Ende des Jahres „nur“ 70.000 Euro für die Heizung ausgegeben. Deutlicher wird die Energieeinsparung dadurch, dass bisher für den Gasbezug 125.000 Euro jährlich aufgewendet werden mussten. Trotz des Betreuungsvertrages mit der KIS GmbH konnten die Heizkosten auf 70.000 Euro verringert werden. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung bei der Errichtung der neuen Heizzentrale von einem Holzenergieeinsatz (Hackschnitzel) von 70 bis 75 Prozent ausgegangen ist. Tatsächlich sind bis zum Beginn der Heizperiode im September dieses Jahres sogar 80 Prozent aus der Holzenergie gedeckt worden, so dass der Heizölverbrauch auf 20 Prozent reduziert werden konnte. Dies vor allem auch dadurch, dass durch das Hallenbad eine gute Auslastung des neuen Heizkessels erfolgt. Bürgermeister Vogt sagt dem Gemeinderat noch zu, dass nach Ende der Heizperiode 2008/09 der Gemeinderat weitere ausführliche Informationen zur Energieeinsparung am Schulzentrum erhält.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob nach dem Ausscheiden von Frau Erika Leinberger im September 2009 das Grundbuchamt für die Stadt Neckarbischofsheim abgeschlossen ist bzw. wie es dort weitergeht.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Thematik Grundbuchamt erst dann abgeschlossen sein wird, wenn die Unterlagen an das zentrale Grundbuchamt abgegeben werden. Dies wird spätestens im Jahre 2018 geschehen. Durch den Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt wurde beschlossen, das elektronische Grundbuch einzuführen.

Das Grundbuchamt ist zwar personell gut aufgestellt, allerdings muss die Stelle von Frau Leinberger wieder besetzt werden, wenn die Umschreibung erfolgen soll. Dies kann im Wege eines Zeitarbeitsvertrages geschehen. Er fügt noch hinzu, dass die Personalkosten, die für die Stadt Neckarbischofsheim für die Grundbuchratschreibertätigkeit anfallen, zu 100 Prozent vom GVV Waibstadt erstattet werden.

Stadträtin Karin Bender fragt weiter nach, wenn die Räumlichkeiten des Grundbuchamtes im Rathaus frei werden, sich dann nicht die Einrichtung eines Bürgerbüros dort eignen würde.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass dies derzeit leider nicht möglich ist. Bürgeramtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass sich die Kollegen des Grundbuchamtes schon darüber unterhalten haben, wie es organisatorisch im Grundbuchamt weitergehen wird. Zur Einrichtung des Bürgerbüros führt er aus, dass es zwar schön wäre, zwei Arbeitskräfte in diesem Büro unterzubringen, allerdings werden hier viele persönliche Angelegenheiten mit den Bürgern beredet (Bsp. Soziales), so dass die Abwicklung der Arbeiten in den kleineren Büros geschickter ist.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, das Bürgerbüro in den Räumlichkeiten des ehemaligen Rathauses unterzubringen. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass es noch gut ist, dass alle Bereiche im jetzigen Rathaus untergebracht sind. Eine Umsetzung des Bürgerbüros in das ehemalige Rathaus bringt große organisatorische Probleme mit sich. Allerdings hat sich die Verwaltung bereits mit der Thematik befasst.

Stadträtin Angela Bloss führt aus, dass für die Kleinkindbetreuung in Neckarbischofsheim durch den Gemeinderat lediglich 25.000 Euro beschlossen wurde, im Haushalt aber eine Summe von 36.900 Euro ausgewiesen ist.

Bürgermeister Vogt teilt hierzu mit, dass die NaturFreunde bei einem gemeinsamen Gespräch erklärt haben, dass sie die Kleinkindbetreuung in Neckarbischofsheim zu den derzeitigen Konditionen nicht mehr durchführen können, und deshalb den Betrieb zum 01. Januar 2009 einstellen werden. Die voraussichtlichen „Nettokosten“ für die Kleinkindbetreuung wurden von der Verwaltung in den Haushalt eingestellt, unabhängig davon, wer diese Aufgabe im Jahr 2009 übernimmt. Vielleicht muss die Stadt Neckarbischofsheim diese Aufgabe selbst übernehmen für eine Gruppe, die im nächsten Jahr eingerichtet werden muss.

Stadtrat Engelbert Lorenz bemerkt noch, dass der Zusatz „NaturFreunde“ in der Finanzposition dann zu streichen ist.

Bürgermeister Vogt stellt in diesem Zusammenhang fest, dass für die drei Kindergärten im Stadtgebiet jährlich 481.000 Euro ausgegeben werden. Zieht man die Zuschüsse vom Land Baden-Württemberg und die Elternbeiträge ab, beträgt das Gesamtdefizit immerhin 303.000 Euro für die Betreuung der Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Diese Mittel sind aus dem eigenen Haushalt zu finanzieren, wobei die Kosten für die Kleinkindbetreuung hier noch nicht eingerechnet sind. Die Stadt Neckarbischofsheim wendet hier also erhebliche Beträge für die künftigen Bürgerinnen und Bürger auf.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bittet um Auskunft, weshalb die Anschaffung der CAS-Rechner für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium nicht budgetiert wird.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Schulträger die CAS-Rechner als Lernmittel zur Verfügung stellen muss. Bisher wurde die Anschaffung über das Budget abgerechnet, allerdings nur deshalb, weil diese für die Oberstufe benötigt wurden. Nunmehr sind neue Strukturen und Lehrpläne am ASG vorhanden, die die Anschaffung der CAS-Rechner für die 8. Klasse verbindlich macht. Diese Anschaffung hätte die Stadt gerne unter Kontrolle, nachdem die Sachkostenbeiträge für das ASG zurückgehen, uns sich dadurch auch der Etat reduziert. Nachdem der Bedarf für die CAS-Rechner konstant ist (Schülerzahlen pendeln sich bei ca. 80 Personen ein), müsste die Schule die Anschaffung aus dem reduzierten Etat finanzieren. Wenn die Mittel aber nicht gebraucht werden, fließen dies in das Budget ein, was die Verwaltung wiederum nicht möchte. Die Regelung ist mit der Schulleitung abgesprochen und war ein Wunsch derselben.

Stadtrat Jelinek erwidert, dass diese Regelung auch für die Anschaffung der Schulbücher gilt. Dieser Aussage widerspricht Bürgermeister Vogt, da die Schule bei der Anschaffung von Schulbüchern die Möglichkeit hat, diese über mehrere Jahre zu nutzen und die Eltern die Möglichkeit haben, die Schulbücher käuflich zu erwerben. Die Anschaffung der CAS-Rechner hingegen sind Fixkosten. Die Schule bekommt hier einen festen Betrag zugewiesen, mit dem sie besser planen kann. Die Abwicklung des Elternanteils erfolgt im Übrigen durch die Schule. Wenn die Schüler aus der Schule ausscheiden, dürfen diese die Rechner dann mitnehmen.

Stadträtin Karin Bender führt aus, dass die Ausgaben für die Freiwillige Feuerwehr (Reifen, Schutzkleidung) unstrittig sind und auch die großen Beträge im VmHH noch diskutiert werden müssen. Allerdings ist durch die Anschaffung der neuen Möblierung der Haushaltsansatz verbraucht, weshalb hier kein Cent mehr in diesem Jahr ausgegeben werden darf. Im Übrigen ist sie der Auffassung, dass durch die enormen Anschaffungen im Jahr 2009 der Kauf der neuen Möblierung ruhig um drei Jahre hätte verschoben werden können, nachdem die „alte“ noch nutzbar war. Sie bittet das der Abteilungswehr so weiterzugeben.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Anschaffung der Möblierung in Abstimmung mit der Verwaltung erfolgt ist. Im Übrigen wurden zusätzliche Spenden für die Anschaffung eingesetzt.

Stadträtin Bender bittet darum, dass die Freiwillige Feuerwehr an anderer Stelle noch Einsparungen tätigt, um die Finanzierung der Möbel gewährleisten zu können.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass im Bereich der Kultur für das Altstadtfest 2009 Mittel in Höhe von 10.000 Euro eingestellt wurden. Dies entspricht dem Etat der letzten Jahre. Das Programm für das Altstadtfest ist zum großen Teil in „trockenen Tüchern“. Dennoch wird wieder ein großer personeller Aufwand für die Mitarbeiter im Rathaus notwendig sein, weshalb neue Kooperationen mit Vereinen angestrebt werden, um die notwendigen Aufgaben besser verteilen zu können. Damit die „Bischesser Kerwe“ attraktiver wird, wurden von der Verwaltung ebenfalls 2.000 Euro eingeplant. Die Ausgaben für den Kultursommer in Höhe von 5.000 Euro sollen durch Einnahmen in Höhe von 3.000 Euro relativiert werden. Hier ist die Aufführung von zwei Theaterstücken (nachmittags für Kinder – abends für Erwachsene) geplant. Außerdem soll an einem Sommerabend im Schlosspark ein Freilichtkino veranstaltet werden. Für die 650-Jahrfeier im Stadtteil Untergimpert sind ebenfalls 5.000 Euro eingeplant, um die Verantwortlichen finanziell bei der Ausgestaltung der Feierlichkeit unterstützen zu können. Ein Gespräch, wie viele Mittel genau benötigt werden, steht noch aus. Insgesamt beträgt der Aufwand für den kulturellen Bereich im nächsten Jahr 14.000 Euro.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, ob sich die Stadtverwaltung künftig auch in die Kerwe mit einbringen will. Hierzu teilt Bürgermeister Vogt mit, dass die Kosten bisher vom Förderverein „Pro Neckarbischofsheim“ getragen wurden, was auch weiterhin so geschehen wird. Die Verwaltung möchte allerdings im nächsten Jahr einen Bogen vom Kultursommer zur Kerwe spannen, beginnend mit dem Johannisfeuer. Zu Ende der Kerwe soll deshalb ein kleines Feuerwerk stattfinden, für das einige der veranschlagten Mittel benötigt werden. Auch die Neon-Illumination im Schlosspark soll an Kerwe erweitert werden, wobei hier noch Gespräche mit der EnBW wegen einer finanziellen Beteiligung geführt werden sollen.

Stadtrat Walter Freudenberger spricht sich dafür aus, an Kerwe auch die Hauptstraße in das Veranstaltungsgeschehen mehr einzubinden. Hierzu teilt Bürgermeister Vogt mit, dass zwar immer viele Anfragen von Marktbesuchern bei der Verwaltung eingehen, die auch eine Zusage bekommen, allerdings am Kerwesonntag diese nicht nach Neckarbischofsheim kommen. Dieses Problem ist allerdings schon seit Jahrzehnten so, weshalb die Verwaltung eher ein Augenmerk auf die Erweiterung des Kunsthandwerkermarktes im Schlosspark legt, der die diesjährige Kerwe schon attraktiver gemacht hat.

Stadtrat Erhard Rupprecht hält vom Abbrennen eines Feuerwerks zum Ende der Kerwe nicht viel, da über das Jahr viele Feuerwerke bei Hochzeiten im Schlosspark abgebrannt werden.

Auch Stadtrat Roland Schnell spricht sich gegen ein Feuerwerk an Kerwe aus.

Stadtrat Thomas Mayer führt aus, dass die eingestellten Mittel für die Kultur für das nächste Jahr überschaubar sind. Wenn sich die Stadt Neckarbischofsheim schon die Kultur auf die Fahne geschrieben hat, müssen hier auch Ausgaben getätigt werden.

Abstimmung über die eingeplanten Mittel bei Finanzposition 1.3650, insbesondere über die 2.000 Euro für die „Bischesser Kerwe“: **7 Ja 5 Nein 1 Enthaltung**

Stadträtin Bender bittet um Auskunft zu den Mieteinnahmen unter Finanzposition 1.8810. (Wohn- und Geschäftsgebäude), ob durch den Neubau des NETTO-Marktes die Mieteinnahmen für die Zahnarztpraxis entfallen, weil der Zahnarzt dort aus den Räumlichkeiten muss.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Verwaltung mit der Fa. NETTO dahingehend verständigt hat, dass die Teilfläche, die keine Marktfläche gibt, bestehen bleiben kann, so dass man sich hier noch ein wenig Luft für die weitere Vorgehensweise verschafft. Die Verhandlungen wegen des Abriss der Zahnarztpraxis sind am laufen, die Alternativvorschläge jedoch noch nicht alle geprüft.

Stadträtin Karin Bender bemerkt noch, dass die Mieteinnahmen für den Kioskbetrieb am Schulzentrum nicht eingeplant sind. Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Verwaltung sich noch abschließend mit der Kioskbetreiberin über die Höhe der Miete unterhalten muss, damit der Pachtvertrag abgeschlossen werden kann. Eine weitere Problematik wird auch die Essenausgabe in der neuen Mensa/Cafeteria sein. Auch hier muss sich der Gemeinderat noch über die Vergabe an einen Pächter unterhalten.

Stadtrat Engelbert Lorenz stellt fest, dass der Ansatz für die Bewirtschaftungskosten in der Stadthalle Neckarbischofsheim mit 15.000 Euro doppelt so hoch sind wie im Jahr 2008. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass die NaturFreunde bisher die Nebenkosten für die Veranstaltungen der Vereine übernommen haben. Nachdem die Stadthalle derzeit stärker durch die Vereine frequentiert wird, wurde dieses Jahr im Gemeinderat beschlossen, die Mittel den NaturFreunden wieder zurückzuzahlen.

Zum Verwaltungshaushalt stellt Bürgermeister Vogt abschließend fest, dass sich die Steuereinnahmen im Gegensatz zum Vorjahr um 230.000 Euro erhöhen. Dabei ist die Gewerbesteuer-einnahme optimistisch mit 600.000 Euro eingeplant. Nach den derzeitigen Vorauszahlungsbescheiden wird dieser Ansatz auch erreicht. Auf der Ausgabenseite schlägt sich das gute Steuerjahr 2007 nieder. So musste ein erhöhter Aufwand für die Umlagen veranschlagt werden. Insgesamt steht der Stadt Neckarbischofsheim im Bereich der Steuereinnahmen 145.000 Euro weniger als im Jahr 2008 zur Verfügung. Dies ist gravierend an der Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt zu spüren, die sich sehr stark nach unten entwickelt und nun bei knapp 300.000 Euro liegt. Mehr Zuführungsmittel waren aus dem Verwaltungshaushalt 2009 nicht zu erwirtschaften, wobei man noch hoffen muss, dass dieser Ansatz auch so eingehalten werden kann.

Zum Vermögenshaushalt (VmHH) führt Bürgermeister Vogt aus, dass hier drei wichtige Positionen beinhaltet sind. Zum Ersten die Fortführung der Investitionsmaßnahmen am Adolf-Schmittthener-Gymnasium und an der Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule, zum Zweiten die Sanierung des Alten Schlosses, die Platzgestaltung davor und die Schlossparkbeleuchtung und zum Dritten notwendige Straßenbau- und Kanalbaumaßnahmen.

Der Straßen- und Kanalbau betrifft hier überwiegend die Obere Turmstraße. Durch die EnBW werden hier Kabelverlegungsarbeiten durchgeführt. Bei einer Kanalbefahrung musste die Verwaltung leider feststellen, dass der Kanal so marode ist, dass dieser komplett ausgetauscht werden muss. Die Maßnahme ist mit 240.000 Euro veranschlagt.

Als kleinere Maßnahmen im Vermögenshaushalt bezeichnet Bürgermeister Vogt die Anschaffung zumindest eines Dienstwagens für die Allgemeine Verwaltung. Hier sieht er einen Ersatzbedarf auf die Verwaltung zukommen, da beide Autos, Opel Vectra wie auch der Renault Clio, schon sehr alt sind. Des weiteren möchte Bürgermeister Vogt neue Möbel für sein Dienstzimmer beschaffen, da die alten Möbel bereits 18 Jahre alt sind.

Am 20. Oktober 2008 fand ein Gespräch mit den beiden Abteilungswehren Neckarbischofsheim und Untergimpfern statt, in welchem abgestimmt wurde, welche investiven Maßnahmen im Vermögenshaushalt 2009 und 2010 eingestellt werden sollten. Im Haushalt 2009 sind zwei große Positionen eingeplant. Zum einen die Anschaffung eines neuen Rettungsspreizers. Dieses Gerät ist bereits 25 Jahre alt und kann aufgrund der alten Hydraulik die neuen Autos nicht mehr öffnen. Die Stadt kommt um diese Anschaffung nicht herum, wenn die Feuerwehr weiterhin diese Arbeit verrichten soll. Zum zweiten steht die Ersatzbeschaffung einer Tragkraftspritze (TS 8) an. Die alte Tragkraftspritze macht schon seit Jahren Probleme und auch der TÜV hat hinter die weitere Verwendung bei der letzten Überprüfung ein Fragezeichen gesetzt. Das Problem bei der Spritze ist, dass diese keinen Standardmotor beinhaltet. Den Hersteller der Pumpe gibt es nicht mehr, und es wurden in den vergangenen Jahren Veränderungen vorgenommen, die nicht mehr repariert werden können. Die Feuerwehr hat sich seit drei Jahren um eine Reparatur bzw. einen Ersatz der Pumpe bemüht, konnte diese jedoch nicht gewährleisten. Nunmehr ist die Abteilungswehr mit der Verwaltung übereingekommen, eine neue TS 8 mit einem Standardmotor zu beschaffen. Diese wird, wie bspw. beim Brand der Fa. Hauck in den Auwiesen, dringend benötigt.

Für das Jahr 2010 ist durch den Rhein-Neckar-Kreis die Umstellung auf den Digitalfunk geplant. Hier sind ca. 20.000 Euro einzuplanen, wobei nach derzeitigen Informationen mit einem Zuschuss durch das Land Baden-Württemberg in Höhe von 6.000 Euro zu rechnen ist.

Im Moment macht es deshalb wenig Sinn, eine der Maßnahmen zu verschieben, weil die Stadt in den nächsten Jahren finanziell nicht besser dastehen wird. Die Konzeption wurde so mit den Abteilungswehren besprochen.

Stadtrat Walter Freudenberger weist darauf hin, dass zuerst die Feuerwehrleitstelle auf den Digitalfunk umgestellt werden muss. Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass auch wenn der Digitalfunk in Neckarbischofsheim erst im Jahr 2011 umgestellt wird, das es Ziel des Landes Baden-Württemberg ist, bis 2013 die Umstellung erledigt zu haben. Zuvor ist jedoch eine kreisweite Ausschreibung für die neuen Geräte notwendig, so dass die Anschaffung innerhalb dieser Zeitspanne erfolgen wird. Ob Neckarbischofsheim dann bei den ersten oder letzten Feuerwehren sein wird, ergibt sich aus der Umstellungsplanung des Rhein-Neckar-Kreises.

Stadtrat Roland Schnell ist verwundert über die Begründung für die Anschaffung des Rettungsspreizers. Seiner Ansicht nach war früher das Blech härter als die bei den heutigen Neufahrzeugen ist. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass hier vor allem die passiven Sicherheitseinrichtungen und Versteifungen in den neuen Fahrzeugen mit dem derzeitigen Spreizer nicht angegangen werden können, da dieser nur einen bestimmten hydraulischen Druck ausübt, für das derzeitige Gerät nicht ausreichend ist.

Stadträtin Karin Bender will sich nicht anmaßen, ein Urteil über die Beschaffung des Rettungsspreizers zu machen, da wenn morgen ein Unfall eintritt sie nicht möchte, dass das Gerät sich nicht im Neckarbischofsheimer Feuerwehrfahrzeug befindet.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er und Bürgeramtsleiter Jürgen Böhm bei dem Gespräch mit der Feuerwehr viele Fragen wegen der Anschaffung gemacht, und sich auch an einschlägig anderen Stellen erkundigt haben, weshalb der Gemeinderat sicher sein kann, dass die Anschaffung des Geräts sorgfältig hinterfragt wurde.

Zum Antrag der SG Untergimpfern auf Erlass eines Teilbetrags des Darlehens teilt Bürgermeister Vogt mit, dass der Verwaltungsvorschlag dahin abzielt, den Restbetrag in Höhe von 5.400 Euro voll zu übernehmen. Durch die Übernahme soll das Engagement des Vereins zur Sanierung des Clubhauses honoriert werden.

Stadtrat Roland Schnell stellt fest, dass es durchaus zu honorieren ist, dass die SG Untergimpfern in Eigenleistung das Clubhaus renoviert hat. Er zeigt sich überrascht, dass die Verwaltung nun den Gesamtbetrag erlassen möchte. Er schlägt im Namen der SPD/FW-Fraktion vor, nachdem die SG Untergimpfern den beantragten Zuschuss vom Badischen Sportbund nicht erhalten hat, die 1.400 Euro Restbetrag zu erlassen, so dass weiterhin ein Darlehen von 4.000 Euro an die Stadt Neckarbischofsheim zurückzuzahlen ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim auch sehr kräftig bei der Sanierung des Clubhauses des TSV Neckarbischofsheim beteiligt hat. Des Weiteren weist er darauf hin, dass es bei der letzten Diskussion über das Clubhaus der SGU zu gewissen Missstimmungen gekommen ist, die zum Beschluss für das Innere Darlehen geführt haben. Er verweist nochmals auf das große Engagement der Mitglieder der SGU, weshalb er keine Probleme damit hat, dem Verein das Darlehen zu erlassen.

Stadtrat Peter Haffelder ist der Meinung, dass man die SGU und den TSV wegen der Clubhaussanierung gleich behandeln sollte. Er verweist auf die Maßnahme zum Bau des Sportplatzes, bei der ebenfalls städtische Mittel verwendet werden und spricht sich dafür aus, der SGU das Restdarlehen komplett zu erlassen.

Stadtrat Thomas Mayer führt aus, dass ihm das in der Form so nicht bekannt war. Wenn es sich um einen vergleichbaren Betrag handelt, was die Sanierung der Clubhäuser des TSV und der SGU betrifft, dann stimmt er dem Antrag der SGU so zu.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Aufwand für den TSV nicht mit dem Aufwand für die SGU zu vergleichen ist da es hier deutliche Unterschiede gibt. Bisher war die Handhabung der Stadt, den Wirtschaftsbereich der Vereine nicht zu fördern. Die Sanierungsmaßnahme der SGU betrifft nicht nur den Wirtschaftsbereich, sondern das gesamte Gebäude. Deshalb sollte dies mit dem Erlass des Darlehens honoriert werden. Der Gemeinderat kann hierbei klarstellen, dass nicht der Wirtschaftsbetrieb, sondern die Gesamtleistung des Vereins gewürdigt wird.

Stadtrat Erhard Rupprecht macht den Vorschlag, dem Erlass des Restdarlehens zuzustimmen, allerdings die Mittelbereitstellung um ein Jahr, auf das Haushaltsjahr 2010 zu verschieben.

Abstimmung über den Erlass des Restbetrages des Inneren Darlehens an die SG Untergimpfern in Höhe von 5.400 Euro: **11 Ja 2 Enthaltungen**

Zum Friedhof in Neckarbischofsheim führt Bürgermeister Vogt aus, dass er bereits angedeutet hat, dass in der Sitzung im Januar 2009 das Plankonzept der Berufsgenossenschaft der Badischen Friedhofsgärtner vorgestellt wird. In diesem Plankonzept geht es um ein Grabfeld, das derzeit schon belegt ist. Sollte dem Gemeinderat die Planung zusagen, werden für die Gestaltungsmaßnahmen die veranschlagten Mittel in Höhe von 40.000 Euro benötigt. Ob und in welcher Höhe die Gelder dann tatsächlich ausgegeben werden liegt im Verantwortungsbereich des Gemeinderats.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob es für die Gestaltungsmaßnahmen einen Zuschuss geben wird. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint.

Zu den Ausgleichstockzuschüssen teilt Bürgermeister Vogt mit, dass bei einem Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter beim Regierungspräsidium Karlsruhe zu entnehmen war, dass wenn am Schulzentrum Änderungen der derzeitigen Maßnahmen vorgenommen werden, dies nur über einen Beschluss des Verteilerausschusses möglich ist (schieben der Hauptschulerweiterung). Bis zum nächsten Frühjahr muss der Antrag beim RP Karlsruhe gestellt sein, damit über die Mittelerteilung in der Sommersitzung des Ausgleichsstocks beraten und entschieden werden kann.

Bei dem Gespräch mit Herrn Ambrosoli war auch zu erfahren, dass der Zuschussantrag für die Maßnahmen im Schlosspark in der Verteilerausschusssitzung beraten werden. Die Stadt Neckarbischofsheim wird hier nicht mehr mit 75 Prozent gefördert, sondern der derzeitige Zuschusssatz beträgt nur noch 68 Prozent. In den Zuschusssatz fließt die derzeitige Verschuldung und die Steuerkraft der Stadt Neckarbischofsheim mit ein. In diesem Jahr werden noch zwei Maßnahmen durch den Ausgleichstock bewilligt. Vom RP Karlsruhe wurde der Verwaltung des Weiteren grünes Licht erteilt, dass auch 2009 zwei Maßnahmen angemeldet und bezuschusst werden können.

Zur Bezuschussung der Baumaßnahme im städtischen Bauhof teilt Bürgermeister Vogt mit, dass hier zuerst eine Bezuschussung Rahmen des Landessanierungsprogramms „von-Hindenburg-Straße“ erfolgen muss, um auch beim Ausgleichstock einen Zuschussantrag stellen zu können. Beide Bezuschussungen sind möglich.

Stadträtin Karin Bender stellt fest, dass derzeit die Baumaßnahme nur mit Mitteln des Ausgleichsstocks im Planentwurf enthalten ist. Dies bestätigt Bürgermeister Vogt und führt weiter aus, dass die Stadt dann auf diesen Fördersatz kommt, wenn die Regelförderung durch das LSP in Anspruch genommen wird.

Ein weiterer Zuschussantrag betrifft die Sanierung des Tartanplatzes am Schulzentrum. Auch hier muss zuerst ein Antrag auf Sportförderung als Regelförderung gestellt werden, um Mittel aus dem Ausgleichstock erhalten zu können.

Zur Gesamtfinanzierung des Vermögenshaushalts bemerkt Bürgermeister Vogt, dass der Planentwurf mit der Kommunalaufsicht abgestimmt wurde. Allerdings haben sich die Zahlen etwas verändert, so dass lediglich nur noch eine Zuführungsrate an den VmHH in Höhe von 281.000 Euro eingeplant ist. Die Entnahmen aus der Rücklage steigen auf 478.000 Euro an, so dass die Stadt Neckarbischofsheim dann wieder unter der gesetzlichen Mindestrücklage liegt. Nach den derzeitigen Zahlen des Haushalts 2008 geht die Verwaltung davon aus, dass 2008 wieder ein gewisser Betrag in die Mindestrücklage gestellt werden kann, um die gesetzliche Vorgabe sicherzustellen. Zum Ausgleich des Gesamthaushalts ist es notwendig, 340.000 Euro an neuen Krediten aufzunehmen. Hiervon sind alleine 270.000 Euro für die Sanierung des Schulzentrums aufzuwenden. Die restlichen investiven Maßnahmen können aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Zielvorgabe des Kommunalrechtsamts, eine Netto-Neuverschuldung im Haushalt 2009 auszuweisen, kann bei allerbestem Willen nicht geleistet werden. Bürgermeister Vogt hält deshalb die Neuverschuldung durch die Sonderbelastung „Adolf-Schmitthenner-Gymnasium“ für vertretbar. Außerdem muss im Ort einiges an investiven Maßnahmen getätigt werden. Je länger diese aufgeschoben werden, umso teurer werden diese Maßnahmen, bspw. die Straßen- und Kanalsanierung in der Oberen Turmstraße.

Bürgermeister Vogt kommt noch einmal zurück auf die geplante Neuanschaffung der beiden Dienstwagen. Der OPEL Vectra wurde im Jahr 1997 das erste Mal zugelassen und von der Stadt im Jahre 1998 gebraucht übernommen. Der Kilometerstand beträgt derzeit 170.000 km. Der nächste TÜV ist im April 2010. Das Fahrzeug hat einige Defekte, wobei größere Investitionen zu tätigen sind, damit das Fahrzeug noch einmal durch den TÜV kommt.

Der RENAULT Clio hat sich gut bezahlt gemacht. Die Erstzulassung erfolgte im Jahr 1993. Derzeit hat das Fahrzeug 175.000 km. Der nächste TÜV ist im März 2010 fällig. Das Fahrzeug lässt sich sehr schlecht starten und auch die Karosserie ist sehr undicht. Die Verwaltung will mit den eingeplanten Mitteln von 20.000 Euro versuchen, dass beide Fahrzeuge im Jahr 2009 ersetzt werden können. Der CLIO insbesondere wird für die Baustellenüberwachungen benötigt.

Stadtrat Peter Haffelder spricht sich dafür aus, die Investition für die beiden Fahrzeuge bei den drei Autohäusern am Ort zu tätigen. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass dies grundsätzlich getan wird und verweist darauf, dass beide Alt-Fahrzeuge von den Händlern am Ort sind.

Stadtrat Walter Freudenberger weist darauf hin, dass sich die Verwaltung mit den drei Vertragshändlern am Ort wegen dem Ankauf von Jahreswagen in Verbindung setzen sollte, da diese günstig erworben werden können.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass für 20.000 Euro keine zwei Neuwagen beschafft werden können. Deshalb wird er mit den örtlichen Händlern reden, dass diese über einen längeren Zeitraum den Markt beobachten. Im Übrigen ist er der Meinung, dass das Jahr 2009 nicht schlecht ist, um günstig an zwei Fahrzeuge für die Verwaltung zu kommen.

Zum Abschluss der Haushaltsberatung bedankt sich Bürgermeister Vogt für die sachliche und konstruktive Diskussion und führt aus, dass die Verwaltung den Haushaltsplan 2009 in gewohnter Art und Weise ausfertigen wird, damit der Gemeinderat die endgültige Fassung in seiner nächsten Sitzung am 16. Dezember 2008 noch im alten Jahr beschließen kann. Danach wird der Haushaltsplan der Rechtsaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt.

05. Aufnahme eines Kommunalkredits

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die derzeitigen Konditionen für einen Kommunalkredit zwischen 4,1 Prozent (10 Jahre Laufzeit) und 4,6 Prozent (gesamte Laufzeit) liegen. Er bittet den Gemeinderat die Verwaltung zu ermächtigen, den Kreditmarkt beobachten zu dürfen und dann zu den günstigsten Konditionen den Kredit in Höhe von 326.000 Euro aufzunehmen.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet darum, den Kredit nicht bei amerikanischen Banken zu tätigen. Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Kredit nur bei einer deutschen Bank, und auch in der Region um Neckarbischofsheim, aufgenommen wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Aufnahme des Kommunalkredits in Höhe von 326.000 Euro zu und ermächtigt gleichzeitig die Verwaltung, den Kredit zu den günstigsten Konditionen aufzunehmen.

Abstimmung: 13 Ja

06. Bekanntgaben

Neuer Internetauftritt der Stadt Neckarbischofsheim

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim derzeit nicht mehr aktuell im Internet vertreten ist. Zu Beginn des Jahres 2008 war geplant, einen neuen Webauftritt vorzunehmen, der allerdings nicht möglich war, nachdem der zuständige Mitarbeiter bei der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) in Elternzeit gegangen und der Auftrag liegen geblieben ist. In den vergangenen Wochen ist die Verwaltung nun dazu gekommen, über die KIVBF einen Entwurf einer neuen Internetseite erstellen zu lassen. Diesen Entwurf erläutert Bürgermeister Vogt anhand der Bildschirmpräsentation. Die Startseite zeigt sich hier in einem modernen Design, die jedoch nicht mehr so viele Auswahlpunkte hat wie bisher gewohnt. Die Arbeiten für die Umstellung sind derzeit am Laufen. Die bisherigen Daten, die bei der Fa. beactive, Reichartshausen, auf dem Server abgespeichert waren, wurden an die KIVBF im Rechenzentrum in Freiburg übersandt. Ein Vorteil des neuen Internetauftritts ist, dass die Verwaltung diesen selbst pflegen und aktuell halten kann. Zu Beginn des Jahres 2009 soll die Website, die dann auch barrierefrei ist, „online“ gehen.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt an, was die neue Website kostet. Hierzu führt Zentralstellenleiter Harry Hack aus, dass das Angebot der KIVBF 5.000 Euro beträgt. In diesem Preis ist der Entwurf für das neue Design mit beinhaltet.

Vorstellung des neuen Prospekts für die Burgenstraße

Bürgermeister Vogt zeigt dem Gemeinderat das neue Prospekt für die Burgenstraße, deren Vorderseite sich die Städte Sinsheim und Neckarbischofsheim teilen. Hier sind die wichtigsten Denkmäler beider Städte aufgebracht. Der Prospekt hat eine Auflage von ca. 5.000 Stück und wird an alle Interessenten verteilt.

Bepflanzung Schlosspark

Am heutigen Tag wurden zwei Linden im Schlosspark als Ersatz für die kranke Linde vor dem Schlosshotel gepflanzt.

Bepflanzung Baugebiet „Bitzweg“

Die restliche Bepflanzung der ca. 150 Büsche und Sträucher im Baugebiet „Bitzweg“ wird wegen des derzeit hohen Wasserstands auf das nächste Frühjahr verschoben. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt auch die Raseneinsaat entlang des Grabens.

Einladung zur Sitzung des Kindergartenkuratoriums

Die Mitglieder des Kindergartenkuratoriums haben eine Einladung zur nächsten Sitzung erhalten, die am Montag, 08. Dezember 2008 um 19.30 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus „Zehntscheune“ stattfindet.

Sanierung „Helmstadter Straße“

Ein unbekannter Anwohner der Helmstadter Straße bedankt sich per Postkarte beim Gemeinderat für die gelungene Sanierung der „Helmstadter Straße“. Bürgermeister Vogt bedankt sich bei dem Unbekannten für die positive Mitteilung, die man im Gemeinderat gerne entgegennimmt.

07. Anfragen des Gemeinderats

Stadträtin Angela Bloss fragt nach, ob es stimmt, dass der Haltepunkt „Nord“ für den S-Bahn-Verkehr nicht ausgebaut wird.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Haltepunkt wie vorgesehen ausgebaut wird. Dieser Punkt wurde bereits mit Bürgermeister Riedel in Waibstadt besprochen, auch im Hinblick auf die noch zu schaffenden Park- und Ride-Plätze. Erst kürzlich hat die Deutsche Bahn (DB) und die Südwestdeutsche Verkehrs AG (SWEG) die Freigabe zum Verkauf des benötigten Geländes gegeben. Allerdings müssen sich die Städte noch über die Kostenbeteiligungen unterhalten. Weiter führt Bürgermeister Vogt aus, dass die Fahrpläne für den S-Bahn-Verkehr bereits vorliegen. Im Rahmen der Bündelausschreibung für den Nahverkehr im Jahre 2010 muss darauf geachtet werden, dass der Linienverkehr entsprechend in den S-Bahn-Verkehr integriert wird.

Stadtrat Walter Freudenberger freut sich über die positive Rückmeldung zur Straßensanierung in der Helmstadter Straße und bittet um Auskunft, wie weit die noch vorgesehenen Verkehrsberuhigungen fortgeschritten sind.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich der Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt noch bei einem Ortstermin mit dieser Angelegenheit auseinandersetzen wird.

Bezüglich der Geschwindigkeitsmessungen in der Waibstadter Straße teilt Bürgermeister Vogt mit, dass am heutigen Tag die letzten Auswertungen aus den vergangenen drei Wochen im Rathaus eingetroffen sind. Der Spitzenreiter wurde mit 106 km/h gemessen. Vielleicht hat sich dieser einen Spaß daraus gemacht, das Messgerät zu testen. Allerdings gehört hier eine große Unverfrorenheit dazu so schnell an dieser Messstelle vorbeizufahren. Im Übrigen kann mitgeteilt werden, dass in der Waibstadter Straße in Teilbereichen schneller gefahren wird, als dies zulässig ist. Der überwiegende Fahrzeugverkehr befand sich im Bereich bis zu 65 km/h. Alles darüber sind Ausreißer. Die Mehrheit der Kraftfahrzeugführer hält sich allerdings an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h. Der Gemeinderat erhält noch ausführlichere Informationen über die Messergebnisse.

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, wie die Vermarktung der Bauplätze im Neubaugebiet „Eichertstal“ derzeit läuft.

Hierzu teilt ihm Bauamtsleiter Jürgen Böhm mit, dass derzeit vier Bauplätze verkauft sind. Der erste Bauantrag ist außerdem schon auf dem Postweg, so dass er die Hoffnung zum Ausdruck bringt, dass der erste Rohbau bereits steht, wenn die Eröffnung des Neubaugebiets erfolgen wird. Nichtsdestotrotz ist die Vermarktung nur sehr schleppend.

Stadtrat Erhard Rupprecht spricht sich dafür aus, auf dem Friedhof in Neckarbischofsheim die Einrichtung einer Toilette anzugehen, da sich mehrfach Friedhofsbesucher wegen des Nichtvorhandenseins einer solchen beschwert haben.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf und teilt mit, dass in der Verwaltung bereits über die Einrichtung einer Toilette, mit allen Problemen die damit zusammenhängen, diskutiert wurde.

08. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: